

Saale-Beitung.

Anzeigen... werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg. ...

Bezugspreis... Nr. Halle vierteljährlich 2,50 M., bei ...

Nr. 257. Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 5. Juni 1902.

Deutsches Reich.

Öst- und Verordnungsrichtlinien.

Der Kaiser und die Kaiserin sind gestern abend 10 1/2 Uhr von der Station Wittenberg nach ...

In der Zolltarifkommission.

wird nunmehr weiter erörtert. Die thierärztlichen Rüsse auf Waren, in denen wir eine Minimalschranke, dagegen eine kolossale ...

Die Zolltarifkommission.

Den breitesten Raum in der gestrigen Debatte nahmen die Verhandlungen über den Zoll auf Carbid ein, den Grundstoff des Acetylenleuchtens. Graf Kanitz war zu ...

Das neue Abgeordnetengesetz.

Die Interpellation der Konservativen betreffs stimmloser Festsetzung des Kontraktzinses hinsichtlich der Arbeiter ...

Politik.

Innere Krisen? Unter dieser Ueberschrift wird in der offiziellen „Südd. Reichs-Zeitung“ in einem Artikel aus Berlin ...

hat als ein dem verantwortlichen Leiter der Politik auf die Rechnung gelegter Ausbruch des Reichs einen ...

Im diplomatischen Dienstverhältnis — so bemerkt die „Staats-Ztg.“ zu der Scene im Abgeordnetensaal am ...

Der Bundesrat hat sich nunmehr eine Verordnungs-Verfassung in der Absicht genommen, erst dann sich über die vom Reichstage angenommenen ...

Kirche und Schule.

Zwei Prediger der evangel. Gemeinde in ...

Parlamentarische Angelegenheiten.

Die konservative Fraktion des Abgeordnetensaaus hat an den Zusammentritt der Witzte gerichtet, den Entwurf für die Ausübung zum Justizminister zurückziehen. Die ...

Die Konservativen im Reichstage haben jetzt folgende Interpellation eingebracht: Welche Bedeutung hat der deutsche ...

Die Zentrale des Reichstages hat sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der Frage, ob Bestimmungen über die ...

Die zweite sachliche Kommission genehmigt haben das Finanzgesetz auf die Jahre 1902 und 1903. Auf Grund ...

In der zweiten öffentlichen Kammer sind gestern der Staatsvertrag zwischen Belgien, Spanien und ...

Die zweite sachliche Kommission genehmigt haben das Finanzgesetz auf die Jahre 1902 und 1903. Auf Grund ...

In der zweiten öffentlichen Kammer sind gestern der Staatsvertrag zwischen Belgien, Spanien und ...

Die zweite sachliche Kommission genehmigt haben das Finanzgesetz auf die Jahre 1902 und 1903. Auf Grund ...

ein Minus an Verpfichtungen auferlege gegenüber dem ...

Der Kaiser und Kaiserin in freigezügelter ...

Die Mannschaften der Marine und Landwehr ...

Ein Kolonial kommt mit gemäßigter Bestimmtheit ...

Die Stellung der Reichsregierung hierzu ist ...

Wir können uns nicht gut denken, daß die ...

Die Teilnehmer an der Verarmung der Schiffbau ...

Die Teilnehmer an der Verarmung der Schiffbau ...

Die Teilnehmer an der Verarmung der Schiffbau ...

Die Teilnehmer an der Verarmung der Schiffbau ...

Die Teilnehmer an der Verarmung der Schiffbau ...

Die Teilnehmer an der Verarmung der Schiffbau ...

Die Teilnehmer an der Verarmung der Schiffbau ...

Die Teilnehmer an der Verarmung der Schiffbau ...

Die Teilnehmer an der Verarmung der Schiffbau ...

Die Teilnehmer an der Verarmung der Schiffbau ...

# Preussischer Landtag.

(Bericht der Saale-Abt.)

Magdaburg.

81. Sitzung vom 4. Juni, 12 Uhr.

Am Ministertisch: 7. Thelen u. a.  
Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes, betreffend den Anschlag der Verwaltung der Provinz Pommern u. a. in die preussische Reichs-Verwaltungsgemeinschaft.

Der Entwurf wird in zweiter Lesung ohne Debatte angenommen.  
Es folgt die Beratung des Kommissionsberichts über die Anträge der Abg. Trimbom (Str.) u. Gen. sowie Dr. Krüger (fr. Sp.) u. Gen., betr. die Förderung des Gewerbes in Pommern. Die Kommission empfiehlt die Ablehnung der Anträge, eine Förderung des Kleingewerbes nach folgenden Richtungen in Erwägung zu ziehen: a) Veranstaltung von Ausstellungen von Meistern, Wälschen u. dgl., b) Vorförderung bewährter Arbeitsmethoden und technischer Fortschritte des Kleingewerbes in Westfalen, c) Förderung der Lehrlingsausbildung, d) Förderung des gewerblichen Gewerkschaftswesens, e) Errichtung einer Centralstelle beim Handelsministerium sowie von Zweigstellen in den Provinzen für die Zwecke der Gewerbe- und Handelsförderung, f) regelmäßige Veröffentlichung über die Ergebnisse der hiesigen Gewerbeentwicklung, 2. eine Denkschrift über den Stand der Gewerbeentwicklung in Pommern, die eingehenden Nachrichten vorzulegen; 3. die erforderlichen Mittel im nächstjährigen Etat einzuschlagen.

Diese Anträge werden beifollos en bloc angenommen. Es folgt die Beratung folgender, von den Konventionen und Freikonventionen unterschriebenen Interpellation von Hauptmann v. Schöndorf, betr. die Abfertigung von Arbeiterangelegenheiten gegen den Kontraktbruch in Arbeitverhältnissen.

Nachdem sich Minister v. Podbielski zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit erklärt hat, ergreift zu ihrer Beantwortung der Abgeordnete die folgende Sprache:  
Abg. v. Podbielski (konf.). Derselbe schildert, wie namentlich auch die Kontraktbrüche immer mehr zunehmen und dadurch das Rechtsgewissen der Arbeiter schaden. Die Negierung müsse jetzt eine kluge und klare Antwort geben.

Minister v. Podbielski: Auch ich halte es für notwendig, daß die Konventionen und Freikonventionen über die Abfertigung von Arbeiterangelegenheiten gegen den Kontraktbruch verhandelt. Ich hoffe, in der nächsten Session dem Saale einen solchen Bericht vorlegen zu können.

Auf Antrag v. Schöndorf findet eine Besprechung der Interpellation statt.  
Abg. Dr. Hirsch (fr. Sp.) bemerkt, die Schwierigkeit am Kontraktbruch trägt die Arbeitgeber, welche häufig die Arbeiter zum Kontraktbruch verleiten. Wäre nicht die Arbeiter, die die Arbeitgeber hier wieder zum Kontraktbruch verleiten, sondern die Arbeitgeber, welche die Arbeiter zum Kontraktbruch verleiten. Ich hoffe, in der nächsten Session dem Saale einen solchen Bericht vorlegen zu können.

Auf Antrag v. Schöndorf findet eine Besprechung der Interpellation statt.  
Abg. Dr. Hirsch (fr. Sp.) bemerkt, die Schwierigkeit am Kontraktbruch trägt die Arbeitgeber, welche häufig die Arbeiter zum Kontraktbruch verleiten. Wäre nicht die Arbeiter, die die Arbeitgeber hier wieder zum Kontraktbruch verleiten, sondern die Arbeitgeber, welche die Arbeiter zum Kontraktbruch verleiten. Ich hoffe, in der nächsten Session dem Saale einen solchen Bericht vorlegen zu können.

Abg. Dr. Hirsch (fr. Sp.) bemerkt, die Schwierigkeit am Kontraktbruch trägt die Arbeitgeber, welche häufig die Arbeiter zum Kontraktbruch verleiten. Wäre nicht die Arbeiter, die die Arbeitgeber hier wieder zum Kontraktbruch verleiten, sondern die Arbeitgeber, welche die Arbeiter zum Kontraktbruch verleiten. Ich hoffe, in der nächsten Session dem Saale einen solchen Bericht vorlegen zu können.

Abg. v. Podbielski (konf.) erklärt, die Interpellation beschränkt sich lediglich auf die landlichen Arbeiter. Auch er würde die Befreiung des Arbeitgebers, der wissenschaftlich kontraktbrüchige Arbeiter stellt, und des Agenten, der zum Kontraktbruch verleitet. Aber man müsse noch weiter gehen und das Gesetz vom 28. April 1884, das nur für einige Gegenden gilt, und auch den Kontraktbruch der Arbeiter bestrafe, auf ganz Preußen ausdehnen. Auf dem Lande wolle man nicht solche Arbeiterverhältnisse haben, wie in den Städten.

Abg. Dr. Barth (fr. Sp.): Die Kompetenz des Landtags zur Regelung dieser Frage wird von verschiedenen Seiten bestritten. Selbst wenn man eine Ausnahme für die Befreiung des Kontraktbruchs im Kleingewerbe und nicht im Landtage einbringt, und in früheren Jahren haben die preussischen Landwirtschaftsminister stets dem Landtag vertreten, daß nur das Reich hierfür kompetent sei. Daß der Kontraktbruch aus der Zeit her nicht weniger, sondern mehr, wie in anderen Ländern, das ist ein trübsames Zeugnis. Das ist ein trübsames Zeugnis. Das ist ein trübsames Zeugnis.

Abg. v. Podbielski (konf.): Nach meinen Erklärungen soll sich das Gesetz nur gegen die Arbeitgeber und die Vermittler richten. Die Ansicht des Korrespondenten von einer Ausnahmeregulierung gegen die Arbeiter ist also falsch.

Abg. Hirsch (fr. Sp.): Eine Verjährung der Strafe des Kontraktbruchs für Arbeiter ist verlangt, weil nicht, wohl aber muß das Gesetz von 1884 weiter ausgedehnt werden.

Abg. Goldschmidt (fr. Sp.): In Wirklichkeit ist es auf die Arbeiter abgesehen; die Landarbeiter sollen Arbeiter zweiter Klasse werden. Herr v. Wendt hat, wie müssen das Beispiel von Pommern vor Augen haben, wo die Arbeiter in der Regel der Verjährung ausgesetzt sind. Der Reichstag ist ein anders zusammengesetzt als das Saale. Wir werden den Gesetzentwurf abwarten und dann unsere Stellungnahme zu demselben darlegen.

Abg. Frigen (Str.): Sie geben zu, daß die Kompetenzfrage nicht ganz klar ist, aber nur insofern es sich um entgegenstehende Bestimmungen der Gewerbeordnung handelt, die Landarbeiter haben mit der Gewerbeordnung nichts zu thun. Wir sind also berechtigt, uns hier mit der Sache zu beschäftigen. Materiell bemerke ich nur, daß wir bereit sein werden, innerhalb des vom Minister gegebenen Rahmens an einer Gesetgebung gegen den Kontraktbruch mitzuwirken.

Nachdem Abg. Hirsch (fr. Sp.) einen Antrag des Abg. Brämer auf die Freistellung zurückgewiesen hatte, schließt die Besprechung.

Die Tagesordnung ist erledigt.  
Auf Antrag des Abg. Dr. v. Schöndorf (konf.), welches die Geschäftsangelegenheiten des Saales betrifft, wird der Präsident v. Schöndorf: Ich beabsichtige, möglichst schnell den Saal zu verlassen und mich dem Saale zu begeben, wenn Ihre Ermächtigung zu erbitte. Sie wieder einzubringen, wenn neuer Stoff vorliegt, d. h. wenn die verschiedenen Kommissionen mit ihren Arbeiten fertig sind. Nach meiner Berechnung wird der Saal, daß wir den vorliegenden Stoff erledigt haben, voraussichtlich Dienstag oder Mittwoch nächster Woche eintreten.

Abg. Frigen (Str.) hat den Antrag, die vorläufige Besprechung der Sitzung des Saales zu eröffnen, abgelehnt.  
Abg. Schmidt-Warburg (Str.): Es liegen zahlreiche Petitionen vor, die wir auf jeden Fall erledigen müssen. Der Präsident wird sich thun, sie auf die Tagesordnung zu setzen. Im Vorjahre ist eine große Menge von Petitionen durch den plötzlichen Einbruch des Winteres schwer mitzubringen.

Abg. Frigen (Str.) hat den Antrag, die vorläufige Besprechung der Sitzung des Saales zu eröffnen, abgelehnt.  
Abg. Schmidt-Warburg (Str.): Es liegen zahlreiche Petitionen vor, die wir auf jeden Fall erledigen müssen. Der Präsident wird sich thun, sie auf die Tagesordnung zu setzen. Im Vorjahre ist eine große Menge von Petitionen durch den plötzlichen Einbruch des Winteres schwer mitzubringen.

Abg. Schmidt-Warburg (Str.): Es liegen zahlreiche Petitionen vor, die wir auf jeden Fall erledigen müssen. Der Präsident wird sich thun, sie auf die Tagesordnung zu setzen. Im Vorjahre ist eine große Menge von Petitionen durch den plötzlichen Einbruch des Winteres schwer mitzubringen.

Abg. Schmidt-Warburg (Str.): Es liegen zahlreiche Petitionen vor, die wir auf jeden Fall erledigen müssen. Der Präsident wird sich thun, sie auf die Tagesordnung zu setzen. Im Vorjahre ist eine große Menge von Petitionen durch den plötzlichen Einbruch des Winteres schwer mitzubringen.

Abg. Schmidt-Warburg (Str.): Es liegen zahlreiche Petitionen vor, die wir auf jeden Fall erledigen müssen. Der Präsident wird sich thun, sie auf die Tagesordnung zu setzen. Im Vorjahre ist eine große Menge von Petitionen durch den plötzlichen Einbruch des Winteres schwer mitzubringen.

Abg. Schmidt-Warburg (Str.): Es liegen zahlreiche Petitionen vor, die wir auf jeden Fall erledigen müssen. Der Präsident wird sich thun, sie auf die Tagesordnung zu setzen. Im Vorjahre ist eine große Menge von Petitionen durch den plötzlichen Einbruch des Winteres schwer mitzubringen.

Tagesordnung zu setzen, bevor ich Ihnen vorzuschlagen werde, die Beratung einzuleiten zu lassen.  
Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr (Zweite Lesung der Pommern-Gesetz, kleinere Vorlagen, Antrag betr. obligatorische Schlichtungsverföhrung). Schluß 2 1/2 Uhr.

# Ausland.

## Zum Frieden in Südafrika.

Aus London wird gemeldet, daß Lord Alington die Wände eines Zirkons verließen worden sei. „Daily Mail“ meldet aus Amsterdamb, der frühere britische Agent in Pretoria, jegliche englische Gelandebesitzer in Buren, Sir Goringham Green, und der irische Lord Beaumont, beides Männer, die sich des Vertrauens des Südafrikaner Krüger erfreuen, seien anheftend auf Veranlassung der Londoner Regierung gleichzeitig in Haag eingetroffen. Sie hätten eine lange gemeinsame Beratung mit dem holländischen Ministerpräsidenten Dr. Ruysse. Im Anbetracht der Lage vertritt, daß die englische Regierung den Frieden zu befestigen, dem der Friedensschluß formell notifiziert werden soll. Die englische Regierung habe die genannten Herren formell ermächtigt, Paul Krüger die Rückkehr nach Südafrika auf einem britischen Schiffe unter der Bedingung freizustellen, daß er seinen Wohnsitz auf seinem Landbesitz bei Rutenburg annimmt. Dasselbe Schiff solle auch die in Holland befindlichen Burenbelegten in die Heimat zurückführen.

Eine Londoner Meldung des „Meuterdien Bureau“ demerzt die Nachricht, daß Lord Beaumont und Sir Goringham Green, welche allerdings in Haag eingetroffen seien, von der britischen Regierung entlassen seien. Die Burenbelegten in Europa wurden von der britischen Regierung nicht als solche anerkannt. Wenn sie nach Südafrika zurückkehren wollten, müßten sie in alter Form mit der Erlaubnis desogen werden. Dann werde ihre Sache in Erwägung gezogen werden.

Aus Pretoria kommen folgende interessante Einzelheiten: Bei der Friedensabstimmung der Burenkonferenz in Vereeniging am 30. Mai stimmten 54 Buren für Annahme der englischen Bedingungen, 6 dagegen. Schalk Burger und Louis Botha haben einen offenen Brief an die Buren erlassen, in welchem sie den hohen Mut, den die Buren gezeigt, und ihre tapferen Taten im Felde würdigen und die Buren aufzufordern, sich allgemein mitzuarbeiten an der sozialen und geistlichen Entwicklung des Landes und der neuen Regierung lokalen Gehorsam zu bezeigen.

Die Burenführer kehren nach Vereeniging zurück, wohin ihnen ein unterirdischer Weg, um sie in ihrem Lager zu beschützen. Im Laufe einer kurzen Anrede brachte er die Abfertigung aus die Buren und die Buren wurden freigegeben. Dies wurde mit lautem Jubel aufgenommen. Bis zur allgemeinen Unterwerfung und zur Uebergabe der Waffen und Munition werden die Truppen von den Buren und Burenführern nicht zurückgegeben; aber es werden Vertreter aller Waffengattungen sofort nach England geschickt werden, um an Krönungszüge teilzunehmen.

Nach einer „Lionel-Meldung“ sind für die Ueberlieferung der Waffen durch die Buren drei Centralquartiere bestimmt worden: eins in Ertshondbaal unter General Bruce Hamilton, eins in Westhonsbaal unter General Walter Krüger und eins in der Transvaal-Kolonie unter General Elliot. — Ueber die Buren kommt ein Telegramm aus Lourenco-Marques, die britische Regierung habe offiziell die Buren als Feinde erklärt und die Buren als Feinde erklärt und die Buren als Feinde erklärt.

Im Laufe der gestrigen Beratung im Londoner Unterhaus stellte Claude Lowther die Frage, ob der Artikel 9 des mit den Buren geschlossenen Abkommens, welcher bestimmt, daß auf den Grundbesitz in Transvaal und der Transvaal-Kolonie zur Bekämpfung der Kriegskosten keine speziellen Steuern gelegt werden sollen, auch eine spezielle Besteuerung von Bergwerkseigentum in beiden Kolonien zu dem gleichen Zwecke verbiete. Chamberlain erwiderte: Nein.

## Die Benlberger Kravalle im Abgeordnetenhaus.

Im Wiener Abgeordnetenhaus begann die gemeinschaftliche Beratung der beiden vorgelegten belgischen Dringlichkeitsanträge betreffend die Vorgänge in Sembray. Der erste Antrag, der seit langer Zeit in Sembray herrschende Unruhe, und wüßte der Regierung vor, daß hier nicht genügend geteilt habe. Er greift den Statthalter Grafen Bismack sowie die Regierung selbst an; er bespricht das Vorgehen des Statthalter als dazwischen und stellt einleitend in Rede, daß die Revolutionäre auf das Militär abgesehen worden seien. Der zweite Antrag ist ein Antrag, der die Bismack als Statthalter hierfür verantwortlich. Auch ein Privattelegramm sei eine einflussreiche Zeile geübt worden. Unter Hinweis darauf, daß in Sembray ein Generalstand in Vorbereitung sei, empfiehlt Redner die Dringlichkeit seines Antrages. Der Präsident muß Redner wegen der gegen den Statthalter Grafen Bismack vorgebrachten Beschuldigungen zur Ordnung. Bismack, der die Sozialdemokraten) Abdam spricht Abg. Bernstorfer. Er erklärt, u. a. selbst das Organ des Statthalter, die „Gazette de Sembray“ habe geschrieben, daß die Statthalter wußte und wußte, daß die Bismack auf das Militär abgesehen worden seien. Redner erklärt, daß die Bismack ein Feind der Bismack sei, der abgesehen werden müsse. Ministerpräsident von Serber bemerkt, daß die heutigen Reden Redner's und Bernstorfer's nicht die Thatsache des Welt zu schaffen vermöchten, daß das Eingreifen des Militärs gebotene Abwehr war. Redner weist auf das Entscheidende die neuerliche Angriffe auf die Bismack zurück und nimmt den Statthalter von Gallien, welcher nur gerecht und pflichtgemäß vorgegangen sei, in Schutz. Im weiteren Verlauf der Debatte theilt der Ministerpräsident mit, er halte keine eine Nachricht, wonach volle Einigung zwischen den Delegierten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer erzielt worden sei. Das Saale lehnt jedoch die Dringlichkeit der Anträge Bernstorfer und Bernstorfer ab.

Aus Sembray wird weiter gemeldet: Am dem Vorigen begünstigt der 4 bei den Unruhen vom Dienstag Oberröthen befehligen sich mehrere Tausend Bismacken, meist Arbeiter. Es wurden mehrere Bismacken getötet. Nach dem Bericht des Statthalter, der die Bismacken einen Bismack in der Nähe des Kirchhofes, wo ein Führer der Arbeiter mitwirkte, daß die Verhandlungen mit den Baumtechnikern ein günstiges Ergebnis gehabt hätten, und die Arbeiter aufzufordern, morgen, Mittwoch, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Arbeiter erklärten jedoch ruhig in die Stadt zurück.

## Frankreich.

Boulogne und Biffon haben die vom Präsidenten Coubet an sie ergangene Aufforderung zur Bildung des neuen Kabinetts abgelehnt. Man glaubt, daß Coubet nunmehr den General Combes zu sich Berufen wird.



